

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zusätzlich Salva-Kassenschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M., Medaillon, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 66.

Die schlagfertige Komposition des oben besprochenen Raums kostet 2,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Realitäten-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Blatt Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4603, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein schwarzer Tag für die Monarchisten

Die Hohenzollern als Schieber — Die Rechtsparteien als Fehler — Ein reaktionärer Vorstoß — Unsere Abrechnung mit den Monarchisten

Man sprach gestern im Reichstag ein paarmal vom „Sterben in Schönheit“. Das bezog sich aber keineswegs auf das ehemalige deutsche Kaiserhaus. Denn die Debatte über die Beteiligung des Hauses Hohenzollern an den Kapital-schiebungen der Schieberfirma Gruher bedeutet zwar ein rettungsloses Unterstufen, aber von Schönheit ist dabei wirklich nichts zu finden.

Das deutsche Volk ist sehr unpolitisch und republikanische Gesinnung auch heute noch kein Allgemeingut. Es ist auch nicht sehr erhehend, daß eine Minderung des monarchischen Gedankens just von der Art und Weise zu erwarten ist, wie die vornehmsten Vertreter dieses Gedankens das deutsche Staats- und Volkswesen gemindert haben. Aber die konservative Presse, die den Kampf gegen die Republik fast ausschließlich mit den übelsten persönlichen Verleumdungen und Beschimpfungen ihrer Vertreter führt, ist die letzte, die darüber klagen darf. Sie hatten es gewollt und der große Unterschied bleibt immer noch, daß sie lügen und verleumdend, während wir über die Vertreter der Monarchie nur Tatsachen auszulagen brauchen. Tatsachen, die entweder schon gerichtsnotorisch sind oder es in kürzester Zeit werden müssen.

Man wußte schon aus den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses, daß die Hohenzollern sehr geschäftstüchtige Leute gewesen sind und es außerordentlich gut verstanden haben, die Grenzen zwischen dem Staats- und ihrem Privatbesitz bei jeder Gelegenheit zu ihrem Vorteil zu verschieben. Während das Pärchen-Königinn Louis Philipp die Parole verkündete: bereichert Euch, befolgten die Hohenzollern stets die mehr legitime und vornehmere Parole: bereichern wir uns! Und nie gelang dies besser als unter dem letzten Hohenzollern, wo die agrarische Liebesgaben- und Zollpolitik dem Herrscherhause Millionen und Millionen einbrachte, während gleichzeitig die Zivilliste hinaufschneitete.

Der Sturz der Hohenzollern hat zwar ihre Macht, aber nicht ihren Appetit verringert. Man mußte auch, daß es ihnen nicht zuletzt dank der Schwäche und Willfährigkeit vor allem des preussischen Finanzministeriums auch gelungen war, sehr viel Geld und sehr viel Wertgegenstände nach Holland zu bekommen.

Jetzt weiß man noch mehr. Man weiß, daß neben einer Anzahl hochadeliger Familien die Hohenzollern auch schmutzige und verbotene Wege nicht gescheut hatten, wo es sich um Geld handelte. Nach den Verhandlungen, die heute im Reichstag stattgefunden haben, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die meisten Hohenzollern-Prinzen mit dem Schieberbankhaus Gruher in Verbindung standen. Es handelt sich um eine Gaunergesellschaft, die es systematisch darauf angelegt hatte, Kapital ins Ausland zu verdrängen und Steuern zu hinterziehen. Hier gilt in vollem Umfange das Wort: Sage mir, mit wem Du umgehst, ich sage Dir, wer Du bist! Die Hohenzollern sind entlarvt als Kapitalverschieber und Steuerdefraudanten, als Betrüger der Gaunergesellschaft. Diese Firma kann von nun an nicht ruhig nennen: Gruher-Hohenzollern u. Co.

Wir wissen sehr genau, daß Kapitalverschiebung und Steuerdefraudation heute wie eine Pest grassieren. Das schändliche und schädliche aber ist, daß Leute wie die Hohenzollern, die keinen Moment in materieller Notlage gewesen sind, die heute noch im sorglosen Luxus leben, nicht nur die Gesetze übertreten, nicht nur mit dunklen Ehrenmännern die Gesetze übertreten, sondern daß sie das zur selben Zeit tun, wo sie von ihren Anhängern verkünden lassen, daß nur ihre Wiederkehr Deutschland retten und von der Korruption befreien könne. Ihre Geldgier ist noch größer als die Vorsicht. Und so endet die Geschichte der Hohenzollern mit einem Kapitel Kriminalgeschichte.

So müßte sie wenigstens enden. Aber in Deutschland ist nichts unmöglich, und warum sollte der Hohenzollern-Standal nicht mit einem Justiz-Standal abschließen? Der rechtssozialistische Abgeordnete H. Müller hat zwar nächsten, aber eben deshalb wirkungslos, ein erdrückendes Tatsachenmaterial vorgebracht. Der Finanzminister Wirth mußte bei aller Zurückhaltung die Tatsache der Kapitalverschiebung und die enge Verbindung der adeligen und fürstlichen Familien mit der Schiebergesellschaft zugeben. Es kann kein Zweifel obwalten, daß die hervorragendsten Träger des monarchischen Gedankens zugleich Fortträger sehr erheblicher Vermögensbestandteile aus der deutschen Republik, und sicher nicht bloß aus antirepublikanischer Gesinnung gewesen sind. Das hat aber die beiden deutschen nationalen Parteien nicht abgehalten, sich schüßend vor die hohe Familie zu stellen und die Rolle von politischen

Fehlern zu übernehmen. Das wäre nun nicht besonders überraschend. Der monarchistische Gedanke verpflichtet ja die von ihm Befessenen auch für einen Bioten oder Lumpen einzutreten, wenn der Zufall der Geburt einen solchen auf den Thron gesetzt hat. Das gefährliche ist, daß auch die Träger der Justiz in Deutschland fast ausnahmslos diesen Parteien angehören und daß deshalb die Hoffnung, es werde ohne Ansehen der Person reitlos alles aufgedeckt werden, uns sehr wenig begründet erscheinen will. Aber das ist eine spätere Sorge und auch nicht das Entscheidende. Zur Charakteristik der Hohenzollern genügt vollständig, was heute im Parlament enthüllt worden ist, und ebenso genügt es zur Charakteristik der deutschnationalen Parteien, daß sie sich mit den Hohenzollern solidarisch erklären, auch dann, wenn diese Solidaritätserklärung eine solche mit Schiebern ist.

Das ist die große politische Bedeutung dieser Debatte, die in einer außerordentlich wirkungsvollen Rede Breitscheldts herausgearbeitet wurde. Sie trug dazu bei, daß dieser Tag zum schwarzen Tag für die Monarchisten geworden ist.

Der Sitzungsbericht

Abg. Müller-Franken (Soz.)

begründet die Interpellation. Die Interpellation hat weit über die Frage ihres Inhalts hinaus Bedeutung, weil sie in hervorragender Weise die Steuerreform betrifft. Wenn man von den Angehörigen und Arbeitern rücksichtslos die sie schwer treffenden Steuerabläufe durchführt, so ist es doppelte Pflicht, daß jene Steuern, die die bestehenden Klassen belasten, schleunigst eingezogen werden. (Sehr richtig!) Das ist bisher noch nicht im wünschenswerten Maße geschehen. Es ist um so notwendiger, als angesichts der Kapitalflucht außerordentliche Vermögenswerte während des Krieges und nach dem Kriege sich dem steuerlichen Zugriff zu entziehen vermögen. (Sehr richtig!) So schwer es ist, derartigen Manövern beizukommen, so notwendig ist es, da energisch durchzugreifen, wo man genaue Unterlagen hat. Warum hat sich die Staatsanwaltschaft noch nicht genügend mit der Person des Hauptkreditvermittlers Gruher beschäftigt, dessen Vorleben verschiedene dunkle Punkte aufweist? Seit dem Jahre 1917 hat Gruher keine Firma wieder aufgemacht und ist häufig zwischen Holland und Deutschland hin- und hergefahren, ohne daß es der Staatsanwaltschaft aufgefallen wäre. Dergleichen nahm sie nicht Anstoß an dem mehr wie überraschenden Aufschwung des Geschäfts. Noch seltsamer ist, daß an dem Tage, als die Beschlagnahme der Bücher in der hiesigen Filiale durchgeführt wurde, am 13. November 1920, Gruher selbst noch an einer Ausschüttung hier in Berlin teilgenommen haben soll und erst nach Beschlagnahme der Bücher ins Ausland geflüchtet sein soll. (Hört! Hört!) Das Haus Gruher war eine Treffpunkt reaktionärer Kavaliere. (Unruhe rechts.) Das hat manches mal den Ansehen erweckt, als ob hier gegenrevolutionäre Konspirationen gepflogen würden, aber die Herren denken noch intensiver an ihren Geldbeutel als an die Monarchie. (Sehr richtig! links. — Unruhe rechts.) Ich frage nun die Regierung, ob es richtig ist, daß große Vermögensverchiebungen festgestellt haben, ebenso große Waren- und Effektenverchiebungen, z. B. Salvarian, ferner, daß eine

große Anzahl hochgestellter Personen

an diesen Schieberungen beteiligt ist; weiter, ob die Regierung ebenfalls über 100 Beteiligte bereits festgestellt hat; des Weiteren, ob es sich um 250 Millionen handelt oder um noch höhere Beträge? Ich frage die Regierung, ob ihr die Namen bekannt sind und ob sie bereits gegen diese Personen eingeschritten ist? Da ist ein Staatsanwalt Hans Schön, ein Dr. Spiro aus Hamburg, ein Freiherr v. Camp-Massauen mit Sohn und Tochter, ein Herr v. Lindner, ein Graf Radolin, eine Fürstin Radziwill, ein Fürst v. Schönburg. Dann aber vor allem: wie steht es mit dem

Zusammenhang der Firma Gruher mit dem Hause Hohenzollern?

Gegenüber den Ablehnungen der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Deutschen Zeitung“ sind nach meinen Informationen direkt beteiligt: 1. die Kronprinzessin Cecilie, 2. der Prinz Eitel Friedrich von Preußen, 3. Prinz August Wilhelm von Preußen, 4. der verlorene Prinz Joachim von Preußen, 5. die morgantische Gemahlin des Prinzen Dolar von Preußen, der selbst allerdings nicht beteiligt ist. Nicht beteiligt ist hieran auch der Prinz Leopold von Preußen, mit dessen riesigen Silberschiebungen sich die preussische Regierung aber bereits des längeren beschäftigt. Sie leben, die Kunden des Bankhauses Gruher waren alles hervorragende Träger und Stützen des ancien regime. Ich frage nun: was hat das Reichsfinanzministerium gegen Gruher und die ganzen übrigen Schieber getan? Wir verlangen genaueste Aufklärung und allerenergischstes Durchgreifen. (Lebhafte Beifall.) Gegenüber den Angriffen der äußersten Linken und äußersten Rechten gegen die früheren sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung betone ich, daß zur damaligen Zeit

nicht ein einziger Fall darüber uns zu Ohren gekommen ist. Es ist darum falsch und unerhört, daß die „Freiheit“ sich eines so unglaublichen Tones bedient, die ansehend noch nicht vom Ausfall der Wahlen in Sachsen gelernt hat und es nicht versteht, in Schönheit zu sterben. (Heiterkeit.) Die Entschädigung der Neukommunisten sei angeht die Haltung von Eisner in München und Geper in Sachsen reine Demagogie. (Sehr richtig!) Es genügt nicht, daß die Sache bei der Staatsanwaltschaft anhängig ist, sondern diese Dinge müssen öffentlich behandelt werden und die festgestellten Schuldigen müssen zur Abrechnung ganz exemplarisch bestraft werden. (Sehr richtig!) Außerdem ist es notwendig, sich aus dem in Deutschland verbliebenen Teil des Vermögens der Beteiligten Sicherungen gegen die erlittenen Schädigungen zu schaffen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um der demokratischen Gerechtigkeit voll Genüge zu tun. (Lebhafte Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

Ich bin bereit, auf die Frage des Abgeordneten Müller in voller Aufrichtigkeit festzustellen, was das Finanzministerium in dieser Angelegenheit getan hat. Wir können aus den Akten nachweisen, daß schon am 18. April, also ehe die „Freiheit“ die Angelegenheit erwähnt hatte, eine Untersuchung gegen die Kaufleute Schmidt-Scholz und Dr. Borchardt eingeleitet worden ist. Die Staatsanwaltschaft wurde bereits am 17. Mai mit der Angelegenheit befaßt. Das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft ist heute noch nicht abgeschlossen. Die am 1. Januar 1919 in Amsterdam gegründete Bankfirma Gruher, Philippson u. Co. hat in Berlin, zuerst in der Besselstraße 1, dann in der Bohlstraße 18, eine Zweigniederlassung eröffnet. Der augenblickliche Inhaber ist der deutsche Reichsangehörige P. J. Gruher in Amsterdam. Das Finanzministerium erhielt vor einigen Tagen die Anzeige, daß sich bei der genannten Firma in Amsterdam Millionenwerte deutscher Reichsangehöriger an Guthaben und Effekten befänden, die unter Zwangsverwaltung gegen die deutschen Steuerbehörden durch die hiesige Zweigstelle der Firma horthin verbracht worden seien. Daraufhin hat das Finanzministerium sogleich die Staatsanwaltschaft ersucht, wegen Verdachtes der Kapitalflucht alles Erforderliche zu veranlassen. Sämtliche Geschäftsbücher der hiesigen Bankstelle und die Guthaben dieser Firma bei inländischen Banken sind beschlagnahmt. Ueber die Personen, die mit der Bank in Verbindung gestanden haben, können nähere Angaben noch nicht gemacht werden.

Unter den Kontoinhabern befanden sich auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern.

Wieweit sie sich strafbar gemacht haben, wird das Verfahren feststellen. (Unruhe links.) Ueber die Schuldfrage kann ich mich noch nicht auslassen. Das Finanzministerium hat sofort Sicherheitsmaßnahmen angeordnet. (Zuruf des Abgeordneten Müller: Auch bei den Hohenzollern?) Ich habe bei meinem Amtsantritt versichert, daß ich mein dornenloses Amt führen werde ohne Ansehen der Person, also können Sie versichert sein, daß den Hohenzollern gegenüber keine Ausnahme gemacht wird. Aber ich muß es ablehnen, in das Ermittlungsverfahren einzugreifen, ich lehne es auch ab, den Schein zu erwecken, als ob ich eingreifen wollte. Die Finanzämter sind angewiesen, bei allen Kontoinhabern der Firma Gruher Sicherheitsbescheide bis zum höchsten zulässigen Betrage zu bewirken. Danach ist verfahren worden. Was die Einzelheiten anbelangt, nach denen ich gefragt wurde, so war ein bekannter General nicht unter den Kontoinhabern. (Zurufe links.) Der Nachdruck liegt doch wohl auf dem Worte „bekannt“. Der erwähnte Dr. Spiro ist in sicherem Gewahrsam. Auf die Einzelheiten der großen Liste von Personen, die hier aufgeführt worden ist, kann ich nicht eingehen, denn eine jede Aufzählung könnte mißdeutet werden. Sofern aber diese Personen zu den Kontoinhabern der Firma Gruher gehören, sind gegen sie die Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, die eine vorläufige Sicherung der Interessen des Reiches bedeuten. Wir haben hier nicht die Einzelnamen zu prüfen, sondern nur festzustellen, daß die Landesfinanzämter angewiesen worden sind, auch bei Mitgliedern von fürstlichen und anderen königlichen Familien sehr anzupacken. Es ist die Pflicht des demokratischen Staates, ohne Rücksicht auf Personen und Namen vorzugehen. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Scheidemann (Soz.) wird die Beantwortung der Interpellation beschlossen.

Abg. Düringer (D.Nat.):

Ich habe zu erklären, daß meine politischen Freunde das Vorgehen des Finanzministers billigen. Vorläufig haben in dieser Angelegenheit die Juristen das Wort, die Politiker sollten sich bis zur Entscheidung Zurückhaltung anfertigen. (Zuruf: Erbsenprozeß.) Die Enthüllungen des „Vorwärts“ waren aber maßlos übertrieben. Nach meinen Informationen sind die Nachrichten des „Vorwärts“ über die Beziehungen der Kronprinzessin zu Gruher erstunken und erlogen. (Hört! Hört! rechts.) Es handelt sich um eine ganz systematische Hehe gegen die Hohenzollern, um den monarchischen Gedanken unmöglich zu machen. Aber durch diese niedrige Kampfweise wird der monarchische Gedanke um so intensiver gestärkt. Gerade, weil wir Monarchisten sind, wollen wir die Monarchie nicht morgen

einbringen (Zuruf links: Aber über morgen!), sondern vertrauen darauf, daß das deutsche Volk eines Tages in freier Entscheidung zum monarchistischen System zurückkehren wird.

Abg. Bursage (Zentz):

Wir stellen uns auf den Boden der Erklärungen des Herrn Ministers. Er hat festgestellt, daß das Finanzministerium nach vor den Veröffentlichungen durch die „Freiheit“ in die Sache eingegriffen und die Finanzbehörde sofort Sicherheitsmaßnahmen gegen weitere Veröffentlichungen von Vermögenswerten getroffen habe. Sie sind um so bedauerlicher, als sie gerade von jenen ausgeführt wurden, die auf den Höhen der Menschheit wandeln sollen. (Gelächter bei den Soz.) Redner polemisiert dann scharf gegen die Schreibweise eines Teiles der rechtsstehenden Presse, die direkt fördernd für Steuerflucht und Demoralisierung gewirkt sei. Die Steuerüberschreibungen müssen nicht nur auf das höchste verzuickt, sondern auch ohne Ansehen der Person nachdrücklich bestraft werden. Es geht nicht an, die Steuern und materiellen Lasten abzuwälzen auf die Schultern der anderen. (Zustimmung beim Zentrum und bei den Soz.) Es gilt vor allem, die so tief gesunkene Steuermoral zu heben, denn ohne Steuermoral können auch die schärfsten Steuererlasse das Finanzland nicht. (Beifall.)

Abg. Kahl (Sp.):

Die Majestät des Reiches steht höher als jede andere Majestät. Deshalb ist meine Fraktion entschlossen, gegenüber der ganzen Materie den Standpunkt der strengsten Unparteilichkeit einzunehmen. Ein Eingreifen in ein schwebendes Verfahren müssen wir grundsätzlich ablehnen. (Zuruf: Erzberger! Helfferich!) Die Interpellanten treibt nur der Kampf gegen den Adel, gegen die Monarchie und besonders gegen die kaiserliche Familie, wie schon die schreienden Ueberschriften des „Vorwärts“ es beweisen. (Sehr richtig rechts.) Zu kühnen Unterbrechungen kommt es, als Redner anführt, daß die Hohenzollernfamilie durch die Revolution gewaltsam ihrer Rechte entkleidet wurde und die Linke entgegenruft: „Wilhelm ist doch getarnt!“ Nachdem der Präsident die Ruhe wiederhergestellt, fährt Redner fort: Wir hatten die Monarchie für die bessere Staatsform und uns irrt um Ihnen (nach links) eine ganze ethisch nationale Weltanschauung. (Lebhafter Beifall rechts — ironische Heiterkeit links.) Wenn die Vorfälle richtig sind, dann ist die frühere Regierung an dem Zustandekommen der Remesse nicht ganz unschuldig, wobei ich es aber ablehne, mich selbst im Kampfe gegen den politischen Gegner auf die „Freiheit“ zu beziehen. (Heiterkeit.) Wenn wirkliche Verträge geschlossen sind, selbst in dem in der Interpellation genannten Umfang, so tragen weder der Kronprinz, noch die Kronprinzessin daran Schuld. (Zuruf links: Nur der Kaiser! — Zuruf Ledebour: Das ist ja alles Heuchelei.) Die Anruhe steigt, als von der Linken dem Redner Schieber und Heuchler zugerufen wird, während die Rechte ostentativ Bravo ruft. Endlich gelangt es nach längeren Bemühungen den Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen.) Eine Schuld im Sinne einer ethischen Schuld trifft die Mitglieder des Hohenzollernhauses nicht. (Erneute dauernde Anruhe.) Die Interpellanten lassen jede Pleit und jedes Verdrüßnis für die nationale Würde vermissen. (Dauernde Anruhe links.) Selbst wenn alles wahr wäre, dann hätten diese Klüffeln und die Klüffeln auf das Ausland eine solche Interpellation unmöglich machen müssen. (Beifall rechts, höhnliche Zurufe links.) Die ganze Interpellation ist nichts als eine geschickte Bahnmache. (Lebhafter demonstrativer Beifall rechts — andauernde Anruhe links. Zuruf: Schieber!)

Reichsfinanzminister Witz

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie das ethisch-nationale Moment herührt haben. Als ich die Bitte der an den Schiedungen Beteiligten durchlas, da hing mir die Schamröte ins Gesicht. (Große Anruhe rechts.) Mißverstehen Sie nicht, ich habe gegen die Person des Herrn Professor Kahl gar nichts einzuwenden. Ich sage aber, es ist tief bedauerlich, daß gerade diese Kreise unseres Vaterlandes sich zur Abwicklung ihrer Geschäfte solcher Winkelbänken, daß sie sich eines Herrn Gruber als Briefträger bedienen. (Erneuter Lärm rechts.) Sie mußten von vornherein wissen, daß ihnen nicht die Sicherheit geboten war, daß sie nicht mit den Gesetzen in Konflikt kommen. (Anruhe rechts.) Das ist das Ziel: Auch in den Fragen der Kapitalflucht das ethisch-nationale Moment zu wahren, ob sie nun Kronen tragen oder das Gewand der Republik. (Beifall bei den Soz. — Große Erregung und andauernder Lärm rechts.)

Abg. Wust (U. S. P.):

Wir müssen uns klar sein, daß es sich bei den vorliegenden Tatsachen nicht um persönliche Momente, sondern um die Gesamtmoral handelt. Die Verletzung am Körper des Staates ist Tatsache. Als aber das Vaterland nach Rettung rief, da verhalten hier die patriotischen Väter und gerade jene, die sogar auf ihren Hosenknöpfen „für Ehre, Freiheit und Vaterland“ stehen hatten, verrohen sich ins Dunkel. Wer wird die Lasten tragen? Die Arbeiter in Deutschland werden in Gestalt noch höherer Abgaben das ersehen müssen, was die Besizenden wohl berechnet in Sicherheit gebracht haben. Das Volk wird das büßen müssen, was die Besizenden Kräfte bis zur Spitze hinaus verbrochen haben. Es wird Ersatz leisten müssen, auch das große Heer der Angestellten und kleinen Beamten, die ohnehin in den ärmlichsten Verhältnissen leben. Jedes Glied eines von den Fiklen verbrochenen Verlebens nur wird wieder mit den Tränen der Witwen und Waisen aufgewogen werden. Noch während des Krieges haben sich höhere Offiziere, besonders in der Nachrichtenabteilung der D. H. L., in den Dienst eines Schieberunternehmens gestellt, was sie nach Beendigung des Krieges sogar offiziell fortsetzten. Die Kapitalflucht hat schon damals großen Umfang angenommen. All demgegenüber hat die damalige Regierung nichts getan. Klüffeltöler Durchgreifen gegen das Schieberum ist eine zwingende Notwendigkeit, aber wir wissen, daß alle Mittel auf dem Boden der heutigen Ordnung dauernd und durchgreifende Erfolge nicht erzielen können. (Sehr richtig bei den U. S. P.) Der Monarchismus wird nie mehr Boden gewinnen in Deutschland, denn wer die Monarchie einmal nachgesehen hat, für den haben sie ihre Majestät verloren. (Heiterkeit. Zuruf: In der Badehose.) Wir sind stolz darauf, an der Zertümmung der heutigen Ordnung zu arbeiten. Entgegen den Ausführungen des Abg. Müller stelle ich fest, daß die frühere Regierung bereits von den Vorgängen Kenntnis haben mußte, darum interpellieren wir heute die Mehrheitssozialdemokraten, was sie damals dagegen getan haben? Es waren ja damals Ausschüsse zur Verhinderung der Kapitalflucht eingesetzt, aber durch den Einfluß des Finanzministers Schiffer wurde es unterlassen, eine enge Verbindung zwischen den einzelnen Ausschüssen herzustellen. Auch die Registrierung der Vermögen wurde damals verhindert und wiederum hat daran die Rechtssozialdemokratie Hauptschuld, die das ganze System bestanden ließ. (Sehr wahr! bei den U. S. P. — Widerspruch bei den Soz.) Nur die Beseitigung des ganzen Systems und die Errichtung des sozialistischen Staates kann wirksame Abhilfe schaffen. (Beifall bei den U. S. P.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Wir wollen nicht, daß in ein schwebendes Verfahren eingegriffen wird. Aber wir verlangen, daß in diesem Verfahren mit aller Strenge und ohne Ansehen der Person vorgegangen wird. (Beifall.)

Abg. Hülsmann (U. S. P. links): Was wir heute erleben, sind nur Teilergebnisse des Verwertungsprozesses des kapitalistischen Systems. Die kapitalistischen Parteien huldigen dem Grundgedanken: Nach uns die Sintflut. Das schändlich an der Geschichte ist, daß diesmal nicht semitische Spröcklinge, sondern die reinsten Arier, die Hohenzollern, die Schiebergeschäfte gemacht haben. Wir halten unseren Antrag aufrecht.

Abg. Scheidemann (Soz.): Leider haben sich verschiedene Redner der Rechten, ganz besonders der Abg. Kahl, nicht an die auch von uns gurgehaltenen goldenen Grundzüge des Abg. Düringers gehalten, deren erster lautet: nicht einmischen in ein schwebendes Verfahren. Die ganze Rede des Herrn Abg. Kahl war eine einzige Verächtlichung dieses Grundzuges. Er hat die Mitglieder der Hohenzollernfamilie als unschuldig erklärt und behauptet, alle unsere diesbezüglichen Anklagen seien erlogen, während der Herr Reichsfinanzminister selbst zugegeben hat, daß die Kronprinzessin bei dem Bank-

haus Gruber ein Bankkonto hatte und somit zu den Hauptbeteiligten gehört. Wenn Herr Dr. Kahl die Hohenzollern nun als unschuldig erklärt, glaubt er da nicht, daß eine solche Erklärung Einschluß auf die Richter haben wird? (Sehr richtig links. — Widerspruch rechts.) Wenn es jemals einen Justizkandal gegeben wird, ist es in dem Augenblick, wenn die sogenannte Affäre Elzard wie eine Seifenblase zerplatzen wird, die nur auf Grund von Auslagen eines elenden Lumpenbundes überhaupt in der Welt ist. (Sehr richtig.) Das Verfahren ist nur deshalb noch schwebend, weil nichts dabei herausgekommen ist, und weil man noch gerne die Zeit nützen möchte, um weitere Verleumdungen gegen uns zu schließen. (Sehr richtig links.)

Gegenüber den Vorwürfen des Abg. Kahl gegen die sozialdemokratische Presse, besonders den „Vorwärts“, bitte ich Sie, nur einmal 8 Tage lang die Rechtsprelle zu lesen, in der in einer Weise gehet und verleumdet wird, daß es jedes Maß übersteigt. (Sehr richtig.) Gegenüber dem Vorwurf der äußersten Linken, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der früheren Regierungen ihre Pflichten vernachlässigt haben, stelle ich fest, daß diese Vorwürfe absolut unberechtigt sind. Was argendwie möglich war, um solche Dinge unmöglich zu machen, ist geschehen. (Sehr richtig.) Ungeheuerlich ist es, wenn Herr Kahl uns Mangel an nationaler Ethik und Pleit vorwirft in einem Augenblick, wo wir gegen Schiedungen schlimmster Art energisch Stellung nehmen. Was wir hier allerdings wollen, ist nicht nationale Ethik, sondern die Forderung, daß ohne Ansehen der Person gründlich Remedur geschaffen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.):

Die Interpellation soll der Sozialdemokratie nur Agitationsmaterial liefern, weil drauhen im Lande ein Teil ihrer Felle waggelchwommen ist. Erstunken und erlogen sind die meisten Behauptungen des „Vorwärts“ über die Verbindung der kronprinzlichen Familie mit dem Bankhaus Gruber. Von den Volksbeauftragten ist nach der Revolution dem königlichen Hause das gesamte Privatvermögen fortgenommen worden. (Zuruf links: Das ist nicht wahr.) Der preussische Staat hat es bis heute nicht für nötig gehalten, diese Beschlagnahme aufzuheben. Umso unehrlicher ist es, wenn man diese durch die Revolution mittellose gemachten Mitglieder des königlichen Hauses wegen Kapitalverletzung beschimpft. Als der Kronprinz im Winter 18/19 in Holland in Holland war (lebhafter Widerspruch links), hat er in Amsterdum bei dem Bankhaus Gruber ein Darlehen von vielleicht 5000 Gulden aufgenommen. Daher stammt sein Konto dort. Daran anknüpfend hat der Minister Witz gemeint, so hochstehende Persönlichkeiten sollten doch nicht mit derartigen Schieberbanken in Verbindung treten. Woher sollte der Kronprinz im Winter 18/19 in Holland wissen, daß jetzt eine derartige Interpellation gegen Herrn Gruber eingebracht würde? Die Mittel für den Lebensunterhalt des Kronprinzen mußten nach Holland gehen. Wir haben auf der einen Seite die wissenschaftlich und moralisch hochstehende Persönlichkeit des Herrn Kahl, der sich dafür eingesetzt hat, daß das kronprinzliche Haus sein Verdrüßnis trifft, auf der anderen Seite den schwarzjüdischen Jüngling des „Vorwärts“, mit seinem zweifelhaften Material. (Minutenlange stürmische Unterbrechung.) Eine Steuererklärung konnte von den Mitgliedern des königlichen Hauses nicht abgegeben werden, weil ihr Vermögen beschlagnahmt ist. Die paar Jahre Republik mit ihrem Gesolge von Elend und Korruption können die Erinnerung an die 500 Jahre ruhmreicher Hohenzollernherrschaft im Herzen des deutschen Volkes nicht auslöschen. (Stürmischer Beifall rechts. — Große Anruhe links.)

Abg. Dr. Breitscheid

Die Verteidigungsversuche der Rechten sind ergebnislos verlaufen, vor allem der Verdunkelungsversuch des Abgeordneten Kahl. Da seine Mitteilungen anscheinend aus der besten Quelle stammen, nämlich von der Kronprinzessin oder von irgend einer ihr nahestehenden Seite, die durch diese Interpellation mit in den Verdacht gebracht sind. Da diese an den Vermögensverhältnissen teilgenommen haben, können sie nicht erwarten, daß Informationen von ihnen für uns irgendeinen Wert besitzen. Es ist deshalb nur die Laune, behaupten, daß Mitglieder der Hohenzollernfamilie an den Geschäften des Bankhauses Gruber beteiligt gewesen sind. Ebensovienig kann es irgendwelchen Eindruck machen, wenn der Graf Westarp die Entlassungsoffensive dadurch zu führen versucht, daß er mit Arroganz und Ueberheblichkeit sich gegen die Linke wendet, und daß er mit großem Pathos seine bekannte These zum Hohenzollernhaus, die sich um so lebhafter und nachdrücklicher äußert, je ungefählicher die Sache ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Alle diese Dinge ändern nichts daran, daß es nationale Kreise in Deutschland, die die nationale Gesinnung und Ethik in Erdpätsch genommen haben, die sich zu den Geistes der Nation rechnen, mit einem Winkelbanker in Verbindung gestanden haben, einem verdächtigen Subjekt, das Kapital ins Ausland verbrochen hat. Wenn der Abgeordnete Graf Westarp mit aller Klarheit fragt, woher sollte denn der Kronprinz wissen, daß über das Bankhaus Gruber hier eine Interpellation eingebracht würde, so muß ich schon sagen: wenn man nichts Besseres zur Verteidigung der kronprinzlichen Familie vorzubringen hat, als diese Nationalität, so tut es mir um den armen Mann in Holland

leid, daß er hier keinen besseren Verteidiger gefunden hat. Er hätte ja eigentlich an die ihm noch in großer Menge zur Verfügung stehenden Helfer appellieren können, er hätte ja einen Vertreter der Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei bitten können, Informationen darüber einzuziehen, welchen moralischen Kredit das Bankhaus Gruber verdient. Es scheint aber, er hat bei seinen Unternehmungen auf die geistige Mitwirkung der Herren Westarp und Genossen keinerlei Wert gelegt. Er hat diesem höchst zweifelhaften Unternehmen sein Vertrauen geschenkt. Die Regierung hat Kenntnis von den Dingen, über die in dieser Interpellation geredet wird. Die Erklärung des Finanzministers hat uns nicht in vollem Umfang genügt. Wir hätten erwartet, daß er nicht nur die Namen einiger bürgerlichen Beschuldigten genannt hätte, sondern auch der des Hochadels und der Hohenzollern. Wir erwarten, daß diese schamhafte Zurückhaltung, die er hier beobachtet hat, nicht geübt wird, wenn die Geschichte mit der Sache befaßt werden. Wir können aber dem kommunistischen Antrag nicht zustimmen. Die Behandlung ist vorläufig nicht abgeschlossen, sondern geht weiter. Es geht nicht an, ein Nichtantragsvotum auszusprechen, so lange die Behandlungsmethode noch gar nicht bekannt ist. Das Nichtantragsvotum ist auch bereits eingebracht, ehe noch irgendein Mensch die Erklärung der Regierung gekannt hat. Es liegt im sachlichen Interesse, zunächst abzuwarten, was die Regierung sagt und was sie tut. Aber auch wenn die Regierung die schönsten Erklärungen hier abgegeben hätte, wäre das für uns kein Anseh, ihr ein Vertrauensvotum zu geben.

Es ist kein Zweifel, daß die Möglichkeiten der Steuerhinterziehung außerordentlich groß

sind. Es gibt zahlreiche Institute, die den wohlhabenden Kreisen die Möglichkeit geben, ihren Patriotismus einmal in Marx und Weying zu beweisen, zu entgehen. Der Fall Sinner ist durch die „Freiheit“ am 2. Juni in die Öffentlichkeit gebracht worden. Warum ist bis zu diesem Tage noch keine der beschuldigten Personen vernommen worden, obwohl die Untersuchung schon einhalb Monate vorher begonnen war? Warum haben nach den Enthüllungen in der „Freiheit“ die meisten Berliner Zeitungen mit Einschluß des „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit nichts gebracht? Warum hat die Regierung keine Antwort auf die Fragen gegeben, die von uns gestellt worden sind? Nachdem die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gedrungen war, was es die Pflicht der Regierung, öffentlich Schweid zu erteilen.

Es handelte sich nicht um belanglose Kleinigkeiten. Das Verfahren schwebt immer noch, es schwebt sehr lange. Wenn es gegen Arbeiter geht, geht es meistens schneller. Ist an dieser Affäre der Herr Legationsrat Dietrich von Bellmann Hallweg beteiligt, der

Wertpapiere im versiegelten Kuriergebiß noch der Schweiz gebracht haben soll? Ist daran Joachim

von Bellmann Hallweg beteiligt, ein Vetter des früheren Reichsanzlers? Es wäre sehr interessant, da es sich hier wiederum nicht um „Schwarzgelodete Jünglinge“ handelt, den Graf Westarp, sondern wiederum um arbeitslose ablige teutonische nationale Persönlichkeiten.

Sehr notwendig wäre es gewesen, wenn auch der Justizminister sich geäußert hätte. Auch sein Ressort ist davon betroffen. Er hat sich aber auf die Bank seiner Fraktion gesetzt und ich nehme an, daß er glaubte, seine Meinung würde ausreichend durch seinen Parteifreund Kahl vertreten. Dieser hat mit Emphase ausgerufen, er wolle sich nicht in ein schwebendes Verfahren einmischen. Was er aber praktisch tat, war nichts anderes, als der unerlaubteste Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren. (Sehr richtig! bei den U. S. P.) Was er tat, lief hinaus auf die unerlaubteste und unerhörteste Stimmungsmache zugunsten der Hohenzollern und der Kronprinzenfamilie. Das ist um so unerhörter, als Herr Kahl Vetter der Jugend ist, und Professor an der Berliner Universität. Was sollen wir bei solchem Vorbild von denjenigen erwarten, die Herr Kahl zu Richtern und Staatsanwälten erzieht, wenn ihr Vetter selbst hier eine Politik macht, die von dem Versuch einer

Hehleri der Hohenzollernverleumdungen

nicht sehr weit entfernt ist. (Erregte Psuirufe rechts. Lachen bei den U. S. P. Große Anruhe.) Der Präsident bezeichnet diesen Ausbruch, nachdem von der Volkspartei sein Eingreifen gefordert wurde, als unzulässig.

Graf Westarp und Abgeordneter Kahl haben an unsere historische Pleit gegenüber dem Hohenzollernhaus appelliert. Nehmen wir einmal an, das Hohenzollernhaus habe in der Vergangenheit alle diese Verdienste aufzuweisen, die die Herren von der Rechten ihnen zuschreiben. Was in aller Welt würde uns dann klümmen können, wenn es in der Gegenwart mit einer so reichen Vergangenheit durch Schiebergeschäfte brühe, gegen diese Schiebergeschäfte nicht vorzugehen? Es handelt sich nicht um historische Feststellungen, sondern um das was a u g e n b l i c k l i c h vorliegt. Und die hervorragendsten Leistungen Ihrer Hohenzollern könnten nicht darüber hinweghelfen, daß diese Hohenzollern wie ipse dicit der schäblichsten Schieber handeln, der im Krieg wohlhabend geworden ist und sein Vermögen zum Nachteil des deutschen Volkes und der deutschen Republik aus dem Lande gebracht hat.

Dann haben der Abgeordnete Kahl und Graf Westarp es angebracht gehalten, an die Tränenröhren besonders der deutschen Frauen zu appellieren. Es ist ja neuerdings Mode worden, bei den Herren auf der Rechten, daß sie die Hohenzollern im Exil als die ärmsten und bedauernswertesten Leute hinstellen. Das erinnert mich ein wenig an die Methode, die von seinen wissener lathollischer Elemente unmittelbar nach der Verdrängung des Papstes aus seiner weltlichen Macht gehandhabt wurde. So mals wurden, besonders am Rhein, Bilder verbreitet, auf denen der Papst im Gefängnis dargestellt war, auf Strohsien und auf diese Weise sollten die Herzen gerührt werden, damit die Peterspennig reich reichlich fließe. Genau so machen Sie es jetzt. Genau so stellen Sie es jetzt so dar, als ob die Hohenzollernfamilie in der Verbannung kaum das trockene Brot zu essen habe, als ob sie nicht wisse, wie sie sich ernähren können, wenn Ihre Frauen nicht so gültig wären, hin und wieder ein Paket nach Holland zu schicken. Soweit ich unterrichtet bin, hat der Chef des Hohenzollernhauses zur Zeit noch immer ein Schloss und hier in Berlin gibt es viele, die nicht einmal ein Zimmer haben. (Lebh. Zustimmung bei den Soz. und U. S. P.) Und wenn ich unterrichtet bin, besitzt der Chef des Hohenzollernhauses noch einen Hofstaat, den er leidet und nährt. Hier aber in Deutschland gibt es zahlreiche Familien, die sich selbst und ihre Kinder nicht zu nähren und zu kleiden in der Lage sind. (Erneuter lebhafter Zustimmung.) Sie werden mir doch nicht etwa erzählen wollen, daß der ehemalige Kronprinz des Deutschen Reiches drüben in Holland am Rotwendigsten Manneel lebt. Wenn es wahr ist, er ist ja noch ein junger und frischer Mann, dann soll er arbeiten. (Stürmische Zustimmung bei den U. S. P.) Und meine Fraktion ist bereit, mit sich darüber reden zu lassen, ob wir das Erwerbslosen-Unterstützungsgesetz auch auf ihn ausdehnen können.

(Erregte Psuirufe rechts, Lachen bei den U. S. P.) Warum nicht Sie „Witz“? Ist dieser Kronprinz denn nicht ebenso erwerbslos wie zahlreiche andere? Vielleicht können Sie sagen, daß er ein schuldloser Arbeitsloser ist. Trotzdem sind wir bereit, ihn zu unterstützen. (Sehr gut bei der U. S. P. Anruhe rechts.) Meine Herren, Sie würden diese Argumente von unserer Seite nicht hören, wenn Sie hier nicht fortgesetzt den Versuch machten, das Elend und die Armut dieser Familie, für die man beinahe die besten geneigt wäre, eine kirchliche Kollekte zu veranstalten (sehr gut bei den U. S. P.) an die Wand zu malen. Ich bin gewiß, ein moralisches Unglück ist über das Haus Hohenzollern gekommen. Aber wir stehen einmal auf dem Standpunkt, das Haus Hohenzollern hat dieses moralische Unglück zum guten Glück verdrückt. (Stürmische Zustimmung bei den Soz. und U. S. P.) Und wenn noch jemand anders die Schuld an diesem Unglück trägt, dann sind es diejenigen, die es heute mit schändlichen Hebensarten verteidigen. (Stürm. Zustimmung bei den Soz. und U. S. P.) Es ist ja edel, nach dem Schillerschen Wort zu handeln

Wenn des Viebes Stimmen Schweigen

Von dem Überwundenen Mann,

Dann will ich für Hektoren zeugen.

Der Sohn des Ideus, Herr Graf Westarp, hat lange gewartet, bis er den Ruh wieder gefunden hat, für Hektor zu zeugen. (Lebh. Zustimmung bei den U. S. P.) mittelbar nach der Revolution hielt er es noch nicht für opportunist, er hielt es noch nicht für opportunist zu einer Zeit, als mittelbar nach der Revolution die „Kreuzzeitung“ ihre nationale Klage einzog und an ihrem Kopf den Spruch „Mit Gott, König und Vaterland“ besetzte (Hört! hört! bei den Soz. und U. S. P.), als die „Kreuzzeitung“ sich damals auf den Boden der gegebenen Verhältnisse, wie man so schön sagt, stellte. Er hielt es nicht für opportunist zu einer Zeit, als auch zu uns, die wir als Unabhängige Sozialisten in den Klerikalen lagen, zahlreiche Vertreter des alten hohenzollernischen Adels von Preußen kamen, um uns irgendwelche Gesandtschaften zu bitten. (Erregte Zurufe rechts.) Wenn Sie mir weise dafür haben wollen, ich sehe Ihnen zur Verfügung, meine Herren! Ich selber hatte ja das Vergnügen, als preussischer Minister des Innern zu fungieren. (Lachen rechts.) Gott, laden Sie darüber! Ihre Freunde damals haben nicht gelacht. Sie kamen hoch und wehmütig, um einen Andrat oder einen

höhnliche kleine Konzeption zu erbetteln

(Sehr gut bei den U. S. P.) Damals erklärte mir einer der vorragendsten Führer aus dem preussischen Herrenhaus: wir haben ja, daß es so kommen mußte, es ging nicht anders. (Erregte Zurufe rechts.) Wollen Sie den Namen haben? — Graf Westarp! (Hört! hört! links.) Vielleicht wissen Sie jetzt, ich meine! Den Grafen von Westarp, der große Schiedmacher des preussischen Herrenhauses, der in den schärfsten Zeiten und Wendungen gegen die Sozialdemokratie von jeder Partei diffamiert hat, kam zu mir, um mit mir (Zuruf rechts: gelächter) Lachen bei der U. S. P. D.) — Frau Abg. von Oheim: Nehmen Sie den traurigen Mut, eine Behauptung auf hierauf stelle, als gelogen hinzustellen! (Abg. Westarp: Oheim! Weil er mein Freund ist und weil Graf Westarp Oheim war und nicht bei Ihnen! Stürmische Heiterkeit.) Will in Ihre freundschaftlichen Beziehungen hier in keiner Weise eingreifen; wie Ihnen aber diese Freundschaft das Recht geben kann, mir nachzuliegen, daß ich über Ihren Freund eine bestimmte politische Unwahrheit ausspreche, das ist eine Unmöglichkeit. Ich will allerdings in diesem Zusammenhange nicht charakterisieren, was (Zuruf rechts!) Weiderlogt möchte ich nicht sagen, ich zu viel Respekt vor den Rechten der Frauen habe. Frau Oheim wird sich bei ihrem Parteifreund Dr. Cremer befinden können, der das Wort „Weiberlohn“ in die Debatte gebracht hat. (Zuruf von der Deutschen Volkspartei.) Gewiß, einer beiden kann nur die Wahrheit sagen: Dazu gehört aber Herr von Oheim, sondern Graf von Westarp oder ich; ich würde doch dieser erst den Beweis erbringen müssen, daß ich Unwahrheit gesagt habe.

Die Rigaer Verhandlungen

Polen treibt ein gefährliches Spiel

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Riga, 22. November.

Infolge neu entstandener Reibungen in der gemischten Militärkommission in Riga, wo der Vorsitzende des polnischen Teiles, Oberst Rydzki, wiederum die Frage betreffs Ausarbeitung eines Rückzugplanes der polnischen Truppen aufgeworfen, sowie Beobachtung einer 30 Meilen breiten Zone zwischen russisch-ukrainischen und polnischen Truppen verlangt und die Auflösung der gemischten Militärkommission vorgeschlagen hat, wandte sich der Vorsitzende der russisch-ukrainischen Friedensdelegation in Riga, Joffe, an den Vorsitzenden der polnischen Friedensdelegation, Domstl, mit einer Note, in welcher er darauf hinwies, daß das am 14. November von beiden Vorsitzenden unterzeichnete Protokoll bezüglich des sofortigen Rückzuges polnischer Truppen hinter die Staatsgrenzen alle Unklarheiten ausschleife und Polen ganz bestimmte unabweisliche Verpflichtungen auferlegt.

Oberst Rydzki sei nicht berechtigt, Maßnahmen vorzuschlagen, die auf Abänderung der im Protokoll festgesetzten Termine hinführen. Er sei nicht berechtigt, eine 30 Meilen breite Zone zwischen den beiderseitigen Truppen zu verlangen, denn eine derartige Forderung sei nirgends vorgesehen und jenseitig nur darauf hinaus, gelegentlich des Rückzuges der polnischen Truppen zu einer Vereinigung der Truppen Balachowitsch und Pellsuras zu kommen. Schließlich sei er auch nicht berechtigt, die Auflösung der gemischten Militärkommission zu verlangen, da diese Kommission gemäß den Forderungen des Waffenstillstandsvertrages geschaffen worden ist.

Joffe fügte hinzu, daß die Nichterfüllung der Bedingungen des Protokolls vom 14. November als Verzicht Polens auf zweimalig übernommene Verpflichtungen betrachtet werden müsse, und daß Joffe eine Fortsetzung der Arbeiten der Friedenskonferenz nicht für möglich erachte, bis er die Befriedigung erhalten werde, daß Polen sämtliche Bedingungen des Protokolls vom 14. November loyal und unverzüglich erfülle.

Der Rückzug der Ukrainer

U. Wien, 22. November.

Der ukrainische Pressedienst meldet aus Wolotischin am 19.: Infolge des zunehmenden Munitionsmangels sind die ukrainischen Truppen am südlichen Flügel gezwungen, unter den größten Opfern an Menschenleben dem immer frischeren Kräfte in den Kampf werfenden Feind Widerstand zu leisten und sich beständig kämpfend Schritt für Schritt gegen Süden zurückzuziehen. Nach hartnäckigen Kämpfen haben wir Jarmelino geräumt. Am Prostorow wird erbittert gekämpft. Mehrere Abteilungen haben in den Kämpfen der letzten Tage, wo die Ukrainer wegen Munitionsmangel nur mit dem Bajonett vorgehen konnten, an Toten und Verwundeten bis zur Hälfte ihres Bestandes verloren.

Das Handelsabkommen mit England

London, 22. November.

„Sunday Times“ erzählt von maßgebender Stelle, daß Krassin innerhalb der allerersten Tage im Namen der russischen Regierung den Handelsabkommensentwurf mit England unterzeichnen wird. Krassin trat gestern mit Lord George zusammen und erhielt den Entwurf ausgehändigt. Eine Bestimmung des Entwurfes gestattet die Ein- und Ausfuhr russischer Goldes. Das neue Abkommen enthält die Bedingung, daß sich Russland vor der Wiederaufnahme des Handels für die Bezahlung seiner Schulden verbürgt. Krassin besteht laut „Sunday Times“ darauf, daß diese Frage vor der Friedenskonferenz verhandelt und international geregelt wird.

Ehrhardt-Spuk in Cuxhaven

Ausbreitungen gegen eine Entente-Kommission

Die Reuter-Brigade Ehrhardt sollte nach dem Märzputsch aufgelöst werden. Aber der Chef der Heeresleitung, Herr Seeckt, wollte auf das wertvolle Soldatenmaterial nicht verzichten, er ordnete an, daß die Brigade der Reichswehr einverleibt und nach Cuxhaven verlegt wurde. Dort hat die Truppe seit ihrem Einzug wiederholt von sich reden gemacht. Es kam dauernd zu nationalistisch-monarchistischen Exzessen, symbolisiert durch Hakenkreuze und Hohenzollernlappen. Das Reichswehrministerium schritt gegen die Unruhmisler nicht ein, Seeckt „streichelte“ seine Lieblinge weiter. Jetzt ist es in Cuxhaven zu neuen Ausbreitungen gekommen, die sich diesmal gegen die Mitglieder einer Entente-Kommission richteten, die dem Friedensvertrag gemäß die Cuxhavener Kasernen besichtigen wollten. Das Wolffsbureau berichtet darüber:

„Die Besichtigung erstreckte sich auch auf die im Besitz der Mannschaften befindlichen, in den Mannschaftsküben aufbewahrten Waffen und war trotz mehrfacher dringender Warnung durch die deutschen Behörden von der Kommission gefordert worden. Schon vor einiger Zeit hatte sich bei der Cuxhavener Truppe eine gewisse Erregung bemerkbar gemacht. Vorfälle, wie das Verbrennen von Gewehren auf dem Hofe der dortigen Kasernen unter Aufsicht der fremdbländischen Offiziere, hatten diese Erregung nicht zur Ruhe kommen lassen. Wenn es trotzdem gelang, einen Ausbruch dieser Erregung bei Besuchen der Kasernenküben durch die Mitglieder der internationalen Kommission zu verhindern, so waren doch vereinzelt Belästigungen leider nicht zu vermeiden. Einige der Offiziere wurden von den mit der Reinigung der Kasernen beschäftigten Soldaten mit Wasser bespritzt; ferner wurden die Glasheiden des Autos der Kommission, das gegen den ausdrücklichen Befehl in den Kasernenhof hineingefahren war, zertrümmert.“

Die Schuld an diesen Vorgängen trifft ausschließlich die Offiziere. Die sind für den Geist verantwortlich, der in der Truppe herrscht, sie sind es, die durch ihre unverantwortliche nationalistische Hege die Truppen in jene Erregung bringen, die derartige Exzesse hervorruft. Natürlich wird den Offizieren auch diesmal nichts geschehen. Wenn die Vöbelen Folgen nach sich ziehen sollten, dann wird die Kosten wieder nur das Volk zu tragen haben. Und dieser Zustand wird sich nicht eher ändern, als bis der übergroße Einfluß der monarchistischen Elemente in der Wehrmacht gebrochen und diese zu einem wirklichen Instrument der Republik umgebaut worden ist.

Die Waffenlager der Reaktion

Die Monarchisten können ein Millionenheer aufstellen

Nach den Feststellungen des Entwaffnungskommissars sind bis Ende Oktober 83 Gewehre, 4818 Maschinengewehre, 1000 Maschinengewehre, 828 851 Gewehre und Karabiner, 66 880 Pistolen und etwa 17 400 286 Schußmunition freiwillig abgeliefert worden. Diese Ziffern werden manchen in Schauern erschauern lassen, aber sie werden noch weit überstiegen durch die Waffen-

bestände, die zur Verfügung der Selbstschuß-Organisationen stehen. Diese haben ihre Waffen, wie bekannt ist, nicht abgeliefert. Sie waren aber zur Anmeldung verpflichtet und diese Anmeldung hat 6785 Maschinengewehre und 834 484 Gewehre und Karabiner ergeben. In diesen Ziffern sind allerdings auch die Bestände eingeschlossen, die sich noch in dem Besitz von Fabriken und Handelsfirmen befinden. Es kann sich hierbei aber nur um einen ganz geringen Bruchteil handeln, da nach dem Friedensvertrag die Herstellung von Waffen und Munition längst unterbunden ist.

Ueber den Löwenanteil an den geheimen Waffenbeständen verfügen die Selbstschuß-Organisationen. Die dem Entwaffnungskommissar angegebenen Bestände übersteigen weit den Bedarf des Friedensheeres. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die Selbstschuß-Organisationen (Orgeja) natürlich bei weitem nicht ihre gesamten Waffenbestände angemeldet haben. Angemeldet sind vor allem nicht die riesigen Bestände, die auf den Gütern der Großgrundbesitzer untergebracht sind. Angemeldet sind auch nicht die Geheimlager, durch die die Besitzer politisch kompromittiert werden könnten. So brachte erst dieser Tage in der Versammlung des republikanischen Führerbundes ein Redner zur Sprache, daß in Potsdam in einem unterirdischen Gang zwischen Palais und Reichswestkaserne ein Riesenschatz an Waffen lagere, der Orgeja ausgehoben worden sei. In dem Bestand sind festgesetzt worden 2037 Maschinengewehre, 2 Millionen Maschinengewehrschuss, gegürtet, 58 000 Gewehre, 2 Millionen Schuß Infanterie-Munition, 1000 Riffen Handgranaten. Ähnliche Lager befinden sich in vielen größeren Garnisonsstädten. Sie konnten nur angelegt werden mit Hilfe der Reichswehr, die ganz offen im Dienste der Gegenrevolution steht und die Waffenlieferungen im großen betrieb hat. Da diese Schließungen einen Betrag an Staatsvermögen darstellen, müssen die Herren Seeckt und Gehler im Reichstag dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Politisch betrachtet zeigen die ungeheuren Waffenbestände, über die die Reaktion verfügt, die Größe der Gefahr, welche die Republik bedroht. Die Arbeiterklasse ist entwaffnet worden. Die Reaktion ist bis heute nicht verpflichtet worden, ihre Riesenschatze abzuliefern. Sie kann in wenigen Tagen ein Heer ausruufen, das größer ist als das deutsche Friedensheer. Die Monarchisten sind sich dieser Macht voll und bewusst. Darauf pochend, treten sie von Tag zu Tag herausfordernder auf, suchen sie gewaltsam jenen Konflikt herbeizuführen, der ihnen die Möglichkeit geben soll, die Republik zu beseitigen.

Nachdem der Entwaffnungskommissar mitgeteilt hat, wie stark die Reaktion bewaffnet ist, hat die Öffentlichkeit das berechtigte Verlangen, zu erfahren: wann und wie die Entwaffnung der Reaktion durchgeführt werden soll. Die Entscheidung über diese Frage bildet keinen Aufschub. Eine Verzögerung bedeutet offene Unterstützung der konterrevolutionären Bestrebungen.

Die kostspielige Reichswehr

Wozu die vielen Pferde?

Im Heeresauschuß, der am Montag seine Beratungen über den Etat des Reichswehrministeriums fortsetzte, ergriff als erster Redner der General a. D. von Gallwitz (Deutschnat.) das Wort. Er verfuhr den Beweis zu erbringen, daß abgesehen von untergeordneten Positionen Absicht im Etat nicht vorgenommen werden dürften. Auch der Kavallerie, die von fast allen Rednern der Parteien aufgegeben worden war, sprach er mit Rücksicht auf die angeblich zu erwartenden russischen Erstenberechtigung zu. Selbst die 14 Truppenübungsplätze will er erhalten wissen, damit die Truppen auf unbekanntem Terrain, also im Herumziehen, manövrieren können.

Dr. Emminger (bair. Volkspartei) kritisierte die Aufstellung des Etats, verlangte die Reduzierung des Pferdebestandes und schlug die Einziehung eines Unterzuschusses vor, der den Etat einer gründlichen Prüfung unterziehen soll.

Mit besonderer Schärfe trat auch Dr. Holz (Zentrum) für größere Sparsamkeit ein. Er wandte sich gegen die Ueberorganisation des Reichswehrministeriums und erklärte mit Recht, daß je kleiner das Ministerium ist, desto rascher und sicherer könnte es arbeiten. Vom Minister erwartete er, daß die Reichswehr auf der Grundlage des Millizsystems ausgebaut werde, soweit es der Versailler Friedensvertrag zulasse, eine Forderung, die auch der Deutschnationale Ritter von Schöch, Oberleutnant a. D., in der Sonabendrede vertrat. Daß die Vertreter aller Parteien sich für das Milizsystem ausgesprochen, zeigt, daß sie von diesem System eine besondere Auffassung haben. Den Schluß der Sitzung füllten die Reden dreier höherer Offiziere aus.

Der Deutschnationale Brüninghaus, Konteradmiral a. D., verteidigte, wie nicht anders zu erwarten war, die Reichswehr und präsidierte die große Sparsamkeit, die die Marine immer geübt hatte. Er wünscht, daß nicht mehr das Wort Soldatengeverbraucht werde, man solle von einem Berufsheer sprechen. Dadurch könnte das Heer auf eine höhere moralische Stufe gestellt werden. Die Moral einer Truppe hängt bei diesem Herrn also vom Namen ab.

Unter Hinweis auf die großen Erfolge der Bolschewiki vertrat vor Schluß der Sitzung auch der Oberleutnant a. D. die Notwendigkeit der Kavallerie. — Nächste Sitzung am Dienstag 10 Uhr.

Rebellische Bauern

U. Karlsruhe, 22. November.

Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ berichtet über einen Aufruhr der Bauern in dem badischen Dorfe Urloffen bei Offenburg, der durch eine Zwangsenteignung von Getreide durch die Freiburger Sicherheitspolizei hervorgerufen wurde. Die widerspenstigen Bauern riefen den deutschen Polizeibeamten „Vive la France“ zu und boten den französischen Brückenpfortenkommandanten in Rehl telephonisch um Hilfe, damit er sie gegen die Zwangsenteignung in Schutz nehme. Selbst der Bürgermeister und einige Gemeinderatsmitglieder schloßen sich an diesem verärgerten Beginn beteiligen haben. Die Freiburger Hundertschaft der Sicherheitspolizei besetzte das Dorf, säuberte gewaltsam mehrere Straßen und den Platz vor dem Rathaus und enteignete unter größtem Widerstand der Bauern über 550 Doppelzentner Brotpotzweizen, die nicht abgeliefert worden waren.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge. Die Behauptung, daß beschädigt sei, alle Kriegsbeschädigten bis zu 50 Prozent und alle Hinterbliebenen, die 30 Prozent der Vollrente beziehen, aus der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge auszuschließen und der Armenfürsorge zuzuführen, wird vom Reichsarbeitsministerium energisch demontiert. Der gesetzlich festgelegte Rahmen für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge bleibt auch weiterhin bestehen.

Wegen des umfangreichen Reichstagsberichts mühten wir einen großen Teil des politischen Stoffs für die Abend-Ausgabe zurückstellen.



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besorgt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukulrol 1000000fach bewährt
Preis M. 3.— In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukulrol steht einzig da.

Nachklänge zum Streik der Elektrizitätsarbeiter

Uns geht folgende Erklärung zu:

Die bürgerliche Presse und die rechtsstehenden Parteien in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und im Reichstage haben aus Anlaß des Streiks der Elektrizitätsarbeiter die schärfsten Angriffe gegen den Magistrat erhoben.

Die Tribüne des Reichstages soll am Dienstag dazu dienen, diesen Angriffen einen größeren Resonanzboden zu schaffen. Dem Oberbürgermeister insbesondere wird zum Vorwurf gemacht, ein willkürliches Werkzeug in den Händen der Streikführer zu sein, und dadurch die Interessen der Bürgerschaft auf gewaltsame Weise zu verletzen. Diese vielfach geradwegs maßlosen Angriffe beruhen auf einer vollständigen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Nicht verwunderlich ist es, daß die reaktionäre Presse systematisch gegen den Magistrat hegt. Dies entspricht der Politik dieser Kreise. Daß aber auch Zeitungen, die sich sonst auf dem Boden der neuen Verhältnisse stellen, diesen Verleumdungsschlag mitgemacht und damit, wie wir annehmen, unbewußt der Reaktion dienen, ist im hohen Maße bedauerlich.

Es muß doch einmal festgestellt werden, daß die Haltung des Magistrats, der ständig in Fühlung mit den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft stand, Berlin und damit auch das Reich vor den schwersten Erschütterungen bewahrt hat. Wie lagen die Dinge? Bei dem Streik der Elektrizitätsarbeiter handelte es sich um einen rein wirtschaftlichen Kampf. Daß seine Begleiterscheinungen politische Wirkungen auslösten, hat mit der Streikursache nichts zu tun. Diese politischen Wirkungen beruhen auf der Reaktion, um ihrerseits die Regierung zu beeinflussen. Maßnahmen zu treffen, die bei jedem, der sich gefunden Menschenverstand bewahrt hat, den Eindruck hervorzurufen mußten, daß diese Kreise es darauf anlegten, eine Atmosphäre zu schaffen, die zu Unruhen führen sollte.

Die Haltung des Magistrats hat diese Absichten vereitelt.

Wir weisen dies im einzelnen nach. Einer der schwersten Vorwürfe ist der, daß der Magistrat nicht sofort die technische Nothilfe einsetzte und daß dann, als die Elektrizitätsarbeiter die Nothstandsarbeiten verrichteten, die technische Nothilfe nicht herbeigerufen wurde, um die Werke voll in Betrieb zu bringen. Die Leute, die diese Vorwürfe erhoben, sind sich der Folgen, die das Eingreifen der technischen Nothilfe auslöste, nicht bewußt. Die technische Nothilfe wird von der gesamten Arbeiterschaft und von den Vertretern der städtischen Betriebe insbesondere auf das schärfste bekämpft. Ein Eingreifen der technischen Nothilfe hätte das Kampffeld ins Ungeheure erweitert. Die übrigen städtischen Arbeiter, die Arbeiter der Gaswerke, der Wasserwerke, der Kanalisation, die Arbeiter der Eisenbahn usw., die bis dahin dem Streik ablehnend gegenüberstanden, wären unwiderstehlich zur Arbeitsniederlegung übergegangen. Die kluge Haltung des Magistrats in dieser Frage hat den allgemeinen Zustand der Gemeindegewerkschaften, die vielleicht den Postulaten der äußersten Rechten unerwünscht gewesen sein; allen denen, die eine stetige Entwicklung in Berlin und damit auch im Reich für notwendig halten, ist durch die Lockerung des Konfliktes Rechnung getragen.

Auch die Frage des Belagerungszustandes muß von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden. Die Verhängung des Belagerungszustandes aus Anlaß eines wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft ist ein Faustschlag in das Gesicht der Berliner Arbeiter gewesen. Wenn die schwersten Konflikte vermieden wurden, so ist dies auf die ruhige, die Situation klar erkennende Haltung des Magistrats und des Oberbürgermeisters zurückzuführen.

Dies zur Steuer der Wahrheit.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Deutscher Transportarbeiter-Verband, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Verband der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter, Zentralverband der Angehörigen (Hf.).

Groß-Berlin

Für die Revolutionierung der Erziehung

Anlaßlich der Vorgänge in der Berliner Fürsorge-Anstalt Lindenhof, die mit einem Siege jugendfeindlicher Spießer und einer Verdrängung des Direktors, Karl Wille, endete, hatten zum Sonntag die Jugendorganisationen aller Parteien zu einer Protestkundgebung der Jugend nach dem Lehrervereinshaus aufgerufen.

Die Versammlung war ein gewaltiges Bekenntnis für die Revolutionierung der Erziehung und Abschaffung der knechtischen Autoritätserziehung. Redner der verschiedensten Parteistellungen ergriffen das Wort. Daß die Kommunisten ihre Parteiluppe locken wollten, aber bei dem größten Teil der Jugendlichen auf energischen Widerstand stießen, brachte als eine Selbstverständlichkeit eigentlich gar nicht erwähnt zu werden.

Die Versammlung stellte folgende Forderungen auf:

1. Die Sicherung der Berliner Fürsorge-Erziehungs-Anstalt Lindenhof, der bisherigen Wirkungsstätte Karl Wille, die nicht wieder Prügelschule und Gefängnis werden darf.
2. Die Errichtung freier Versuchsschulen und damit auch einer neuen Wirkungsstätte für Karl Wille.
3. Die öffentliche Anerkennung und Durchsetzung einer freiheitlichen Erziehungswelt, Achtung vor der Menschenwürde der Jugendlichen und vor dem Recht der Jugend auf Selbstverwaltung und damit den endgültigen Bruch mit der bisher staatsförmlich gepflegten Erziehung zum Knechtsgelst durch das Prinzip von Lohn und Strafe.

Rätselhafter Selbstmord

Am 2. Oktober 1920 kürzte sich aus der Wache des Bezirksamts Tiergarten ein verheirateter Kaufmann aus dem Fenster des dritten Stockes, östlich mit schweren inneren Verletzungen liegend, an denen er später verstarb. Merkwürdigerweise verlagte der Informationsdienst der Polizei, denn die Dienstfahndung erfuhr davon nichts. Erst jetzt scheint Licht in die Angelegenheit zu kommen.

Wie die Angehörigen des Verstorbenen festgestellt haben, stand der Verstorbenen lange Jahre seines Lebens in sehr enger Verbindung mit der Polizei. Ueber die Art derselben werden wir noch gelegentlich Mitteilung machen. Aus aufgefundenen Briefen geht hervor, daß ein noch im Dienst stehender Beamter an den Verstorbenen regelmäßig Auskünfte über Vorstrafen und ähnliches an diesen abgegeben hat. Das war natürlich nur möglich unter Beachtung des Amtsgeheimnisses. Die Angehörigen glauben, daß leitens des Beamten, nachdem die Geldquelle versiegt war, eine Hehe gegen diesen veranfaßter wurde, der er nun auch zum Opfer gefallen ist. Des Verstorbenen Beziehungen zur Polizei waren so eng, daß es ihm gelang, seinen 22-jährigen Sohn vor vielen Jahren als Kriminalbeamten bei der Polizei unterzubringen, obwohl es in der Vorkriegszeit nicht üblich war. Recht merkwürdig erscheint es auch, daß der Verstorbenen den verhängnisvollen Sprung ausführen konnte, obwohl sich fünf Beamte im Zimmer befanden.

Zweiter Verwaltungsdirektor. Sitzung der Fraktion am Mittwoch, den 24. November, abends 7 Uhr, bei Dehlschlager, Verblüthenstraße 5. Dazu müssen sämtliche Vorstandsmitglieder des 2., 14. und 15. Distrikts erscheinen. — Vorstandsmitglieder des 15. Distrikts treffen sich bereits um 8 Uhr ebendortselbst.

Verwaltungsdirektor Franz Josef (9., 10., 12., 13. Distrikt). Vollversammlung der kommunalen Kommissionen am Mittwoch, 24. d. Mts., abends 7 Uhr, Schulaula Senefelderstr. 8. Erscheinen der Stadt- und Bezirksverordneten erwünscht. Mitgliedsbuch (Crispian-Verlag) und Sammelkarte legittimiert.

Wirtschaftsbeirat Königsplatz. Donnerstag, 7. Uhr, in Wildan, Casinoaal, öffentliche Versammlung. Referat des Genossen Dr. Rudolf Hüllerding über „Kampftaktik und Sozialreform“.

Der Groß-Berliner Herzverein C. B. und der Zentralverband der Rassenärzte Groß-Berlin haben ihre gemeinsame Geschäftsstelle von Reitelstr. 4 nach Pichowstr. 10 verlegt. Fernsprechanschluß „Kurfürst 3736“ bleibt bestehen bei Umlegung erfolgt ist.

Reutlingen. Eine Weihnachtsausstellung von guten Büchern befindet sich in der Expedition K r ü g e r, Emser Str. 32.

Die Hugo Heilmann'sche Volksbühne und Lesehalle, SO., Adalbertstr. 41, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offen-

steht, ist im Monat Oktober von 10 042 Personen besucht worden. In der Ausleih-Bibliothek wurden 4803 Bände unterhaltende und belehrende Literatur nach Haus verliehen. In der Lesehalle liegen zurzeit 523 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. Das Institut ist werktäglich von 3-9 Uhr abends, Sonntags von 9-12 und 3-6 Uhr geöffnet.

Märkische Spielvereinigung, Bezirk Groß-Berlin, Stadtspiel: Dresden-Berlin 2:1. Propagandaspiele: Reinickendorfer-Mit-Reinickendorfer-West 3:1. Pantom-Berlin 0:3. Nichtenberg-Weißensee 0:4. Neutal-Neptun 1:3. Tegel-Bellin 4:0.

Das Schwan- und Weilschwimmen des U.S.B. „Südost“ in der städtischen Badeanstalt Schillingstraße hatte wieder einen guten Besuch aufzuweisen. Das Jubiläum, das wieder in der kleinen Halle folgte den Vorführungen mit regem Interesse. Eröffnet wurde das Fest mit einem Reigen, welcher vom Sch.-B. „Belle“ gut geschwommen wurde und großen Beifall fand. In den Einzel- und Mannschaftskämpfen zeigten die Arbeiterschwimmer ihren frischen Schwimmsport in welchem „Korwäris 97“ die besten Plätze belegte. Zwei Wasserballspiele sorgten für den Schluss des Festes, bei welchem das lokale, kombinierte Mannschaft „Vorwärts“ — „Fr. Schw. Norden“, recht spannend verließ und von den Gästen recht reger verfolgt wurde und ebenfalls dazu beigetragen hat, neue Anhänger für den Schwimmsport zu bringen. Nachstehend die Resultate der Wasserballspiele: „Reutal“ — „Nichtenberg“ 1:1. „Vorwärts“ — „Fr. Schw. Norden“ 4:0.

Neuer Telegrammtarif. Eine neue Gebührentafel für Telegramme gilt vom 1. Dezember an. Infolge des gestiegenen Marktwertes werden die Gebühren für das Wort nach dem europäischen Ausland meist von 10-35 Pf. erhöht. Es kostet dann nach Belgien 60, Bulgarien 115, Dänemark 60, Estland 185, Finnland 100, Frankreich 70, Griechenland 150, Großbritannien 125, Italien 85, Jugoslawien 100, den Niederlanden 50, Norwegen 80, Polen 70, Rumänien 100, Schweden 70, Schweiz 60, Spanien 100, der Türkei 220, Ungarn 35 Pf. Unverändert bleibt die inländische Gebühr mit 20 Pf., die auch für Danzig, das Memelgebiet, die von den Polen besetzten Gebiete, Lauenburg, Deutsch-Polen und der Tschechoslowakischen Republik gelten. Auch Telegramme nach Litauen kosten nach wie vor 60 Pf., nach Lettland, ebenfalls über Königsberg statt 150 nur 155 Pf. Billiger werden Telegramme nach Spanien über Frankreich für 100 und nach Portugal für 115 Pf.

Die Prügelschule in der Schule in Hohndorf war wiederum Gegenstand einer kombinierten Sitzung des Schulvorstandes unter Teilnahme des Gemeindevorstandes, eines früheren Lehrers, des Rektors, der Lehrer, Gemeindevorstände und der Elternräte. In der Debatte wurde lebhaftest Klage geführt über die Prügeln der jungen Lehrer, der sich auch nicht scheute, mit Ausdrücken, wie Himmelhund, um sich zu werfen. Der Rektor erklärte, daß ihm von Mißhandlungen nichts bekannt sei. Bemerkenswert ist die Auffassung des Gemeindevorstandes, der da meinte, er habe als früherer Lehrer nicht oft geprügelt, wenn es aber vorkam, dann gleich so, daß die Kinder 10 Minuten nicht sitzen konnten. Der Mann hätte zum Kriegsdienst eingezogen werden und an die gefährlichsten Stellen gestellt werden müssen, damit er seinen Heldenmut beweisen konnte. Die Eltern tun gut, sich um die Schule mehr zu kümmern, um mit den veralteten Erziehungsmaßnahmen auszuräumen.

Der Leichenfund im Brunnenwäldchen noch unausgeklärt die Berliner Kriminalpolizei. Alle Ermittlungen, die angestellt wurden, haben bis heute jedoch noch zu keinem greifbaren Resultat geführt. Nun ist bei der Kriminalpolizei ein Brief eingelaufen, in dem der ungenannte Schreiber mitteilt, daß er in der Lage wäre, wichtige Mitteilungen zur Aufklärung des ungelösten Verbrechens zu geben. Weil er jedoch befürchtet, daß er wegen einer noch zu verhängenden sechsmonatigen Gefängnisstrafe festgehalten werde, wenn er sich zu erkennen gebe oder sich bei der Polizei melde, so habe er mit seinen Befindungen zurück. Die Kriminalpolizei teilt uns hierzu mit, daß dem Briefschreiber, wenn er sich bei dem ausländischen Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 76 des Berliner Polizeipräsidiums meldet, freies Geleit zugesichert wird und auch sein weiteres in dem Brief zum Ausdruck gebrachter Wunsch Berücksichtigung finden wird.

Verloren. Am Dienstag, den 18. November, morgens, ist in der Bahn auf dem Hertziger Bahnhof ein Bibliotheksbuch, Eigentum des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, liegen gelassen worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, seine Adresse an Alwin Gammich, Berlin-Johannisthal, Bismarckstr. 8, anzugeben.

Die Erhöhung der Straßbahnfahrpreise ist von der Stadtverordneten-Versammlung nicht erledigt worden. Die Vorlage wurde einem Ausschuss zur Berberatung überwiesen, der der Versammlung Bericht erstatten soll.

Die Mitglieder der Ortsgruppe Heinersdorf bei Biesdorf legen Wert darauf, daß sie geschlossen bei der alten U.S.B. verbleiben und alle gegenteiligen Gerüchte unwaar sind.

Hunger

Roman von Kurt Hamann.

Das Haar lag mir feucht und kalt auf der Stirn; ich richtete mich auf dem Ellbogen auf und sah das Kopfkissen an; auch darauf lag feuchtes Haar in kleinen Büscheln. Meine Hände waren im Lauf der Nacht in den Stiefeln angeschwollen, aber sie schmerzten nicht, ich vermochte nur nicht die Beine zu rühren, sie waren ganz steif.

Als es Nachmittag geworden und bereits zu dämmern begann, fand ich auf und machte mir im Zimmer zu schaffen. Ich versuchte es zuerst mit kleinen, vorsichtigen Schritten, bemühte mich das Gleichgewicht zu halten, und sparte meine Kräfte soviel wie möglich. Ich litt nicht sehr, und ich weinte nicht; eigentlich war ich nicht traurig, im Gegenteil unendlich zufrieden; es fiel mir jetzt gerade nicht ein, daß irgend etwas anderes sein könne als es war.

Dann ging ich aus. Das einzige, was mich ein wenig quälte, war trotz meines Widerwillens gegen Speisen mein Hunger. Ich spürte wieder einen beschämenden Appetit, eine innere, gierige Gier, die fortwährend schlimmer wurde. Es nagte und unheimlich in meiner Brust, eine stille, seltsame Arbeit ging darin vor. Es waren vielleicht zwanzig kleine, arme Tierchen, die den Kopf auf die eine Seite legten und ein wenig nagten, dann den Kopf auf die andere Seite legten und ein wenig nagten, einen Augenblick ganz still lagen, wieder anfangen, sich ohne Geräusch und ohne Hast weiter bohren und überall leere Strecken hinter sich zurücklassen.

Ich war nicht krank, nur matt; ich fing an zu schwitzen. Ich wollte nach dem Stortov, um ein wenig auszuruhen; aber der Weg war lang und schwerlich; endlich war ich aber doch beinahe dort, ich stand an der Ecke vom Markt und der Marktstraße. Der Schweiß lief mir in die Augen, machte meine Brille trübe und mich blind, und ich blieb stehen, um mich ein wenig abzutrocknen. Ich bemerkte nicht, wo ich stand, ich dachte nicht darüber nach; der Lärm um mich her war fürchterlich.

Plötzlich ertönt ein Ruf, ein kaltes, scharfes „Vorgehen!“ Ich höre den Ruf, höre ihn sehr gut, rücke nervös auf die Seite, mache einen Schritt so schnell meine schwachen Beine bewegen können. Ein Ungeheuer vor einem Brotwagen tastet an mir vorüber und streift meinen Rock mit dem Kade; wäre ich ein wenig schneller gewesen, so wäre ich frei aus-

gegangen. Ich hätte vielleicht schneller sein können, ein ganz klein wenig schneller, wenn ich mich angestrengt hätte; es half nichts, der eine Fuß schmerzte mich, ein paar Zehen waren gequetscht; ich fühlte, daß sie sich gleichsam im Schuh zusammen krampften.

Der Brotkäufer hält die Pferde mit aller Gewalt an; er dreht sich auf dem Wagen um und fragt erschrocken, wie es abgelaufen. Nun, es hätte ja noch schlimmer werden können... es war wohl nicht gefährlich... ich glaube nicht, daß etwas gebrochen sei... Oh, ich bitte...

So schnell ich konnte, ging ich nach einer Bank; diese vielen Menschen, die stehen blieben und mich anlockten, beängstigten mich. Es war ja eigentlich kein Todesstoß; wenn das Unglück nun einmal sein sollte, war es noch verhältnismäßig glücklich abgegangen. Das Schlimmste war, daß mein Schuh ruiniert war; die Sohle war an der Spitze abgerissen. Ich hielt den Fuß in die Höhe und sah das Blut in der Öffnung. Na, es war ja von keiner Seite mit Fleisch geschehen; es war ja nicht die Spitze des Mannes gewesen, es noch schlimmer für mich zu gestalten als es schon war; er sah sehr betrübt aus. Wenn ich ihn vielleicht um ein wenig Brot vom Wagen gebeten hätte, würde er es mir gegeben haben. Er hätte es mir gewiß mit Freuden gegeben. Gott erfreue ihn zur Vergeltung dafür!...

Mich hungerte fürchterlich, und ich wußte nicht, was ich vor schamlosem Appetit anfangen sollte. Ich wand mich auf der Bank hierhin und dorthin und legte die Brust fast ganz auf meine Knie; ich war beinahe verrückt. Als es dunkel wurde, trippelte ich nach dem Rathaus — Gott mag wissen, wie ich dahin kam — und setzte mich auf die Kante der Balustrade. Ich rief die eine Tasche aus meinem Rock und fing an, darauf zu klopfen, übrigens ganz absichtslos, mit finsterner Miene vor mich hinstarrend ohne zu sehen. Ich hörte eine Menge Kinder, die um mich her spielten, und vernahm instinktmäßig, wenn ein Spaziergänger an mir vorüber ging; sonst bemerkte ich nichts.

Möglich fällt mir ein, ich könne unten nach einem der Bazare gehen und mir ein Stück rohes Fleisch holen. Ich stehe also auf, gehe quer über die Balustrade nach dem anderen Ende des Bazardamms und steige hinunter. Als ich die Fleischbude beinahe erreicht hatte, rief ich nach der Treppeneröffnung hinauf, als wenn ich einen Hund zurückgedrängt, und wandte mich dann ganz frech an den ersten Schlächter, auf den ich stieß.

„Ach, seien Sie doch so gut und geben Sie mir einen Knochen für meinen Hund!“ sagte ich. „Nur einen Knochen; es braucht nichts dran zu sein; er soll nur was im Maul tragen.“

Ich bekam einen Knochen, einen prächtigen, kleinen Knochen, an dem noch ein wenig Fleisch lag, und steckte ihn unter meinen Rock. Ich danke dem Manne so herzlich, daß er mich erstaunt ansah.

„Nichts zu danken,“ sagte er.

„Doch; lagen Sie das nicht,“ murmelte ich, „es ist freundlich von Ihnen.“

Damit stieg ich wieder hinauf. Mein Herz klopfte heftig.

Ich schlich hinein in den „Schmiedegang“, so tief wie ich hinein kommen konnte, und blieb vor der verfallenen Tür zu einem Hinterhof stehen. Nirgendwas war ein Licht zu sehen; es war herrlich dunkel um mich her; dann fing ich an, den Knochen zu benagen.

Es schmeckte auf nichts; ein scharfer Blutgeruch stieg aus dem Knochen auf, und mir wurde bald übel. Ich versuchte es von neuem; wenn ich es nur bei mir behielt, mußte es ja seine Wirkung tun; es galt nur, daß es im Magen blieb. Aber mir wurde wieder übel. Ich wurde zornig, biß wütend ins Fleisch, riß ein kleines Stück ab und schluckte es mit Gewalt hinunter. Es nagte aber nichts; sobald die kleinen Fleischstücke im Magen warm wurden, kamen sie selber wieder in die Höhe. Ich ballte die Hände wie wahnsinnig zusammen, fing vor Hilflosigkeit an zu weinen und nagte wie ein Besessener; ich weinte, so daß der Knochen von den Tränen naß und schmutzig wurde, weinte, als ob mir das Herz brechen müsse, und bekam darauf abermals Erbrechen. Und dann versuchte ich alle Mächte der Welt mit lauter Stimme.

Stille. Kein Mensch rings umher, kein Licht, kein Geräusch. Ich bin in der furchtbarsten Gemütsregung, ich leuchte schwer und laut und weine jedesmal zähneknirschend, wenn ich die Fleischatome von mir geben muß, die mich vielleicht ein wenig hätten sättigen können. Da es durchaus nichts hilft, wie oft ich es auch wieder versuche, schludere ich den Knochen gegen die Tür, fortgerissen von Raserei, vom ohnmächtigsten Haß erfüllt, ich schreie und drohe zum Himmel hinauf, brülle heiser und verfluche den Namen Gottes und trümme meine Finger wie Klauen...

Stille.

(Fortsetzung folgt.)

